

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden

□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 6 Mark

Nr. 33.

Charlottenburg, Freitag, den 19. August 1921.

48. Jahrg.

Der kommende Lohnkampf und seine Folgen.

Trotzdem das deutsche Wirtschaftsleben eine Lebenskraft zeigt, die das Erstaunen der Ausländer auslöst, die zu einer Ueberhöhung unserer Kraft und zu einer Ueberbürdung mit immer neuen und schwereren Lasten führt, empfindet der größte Teil des deutschen Volkes nur zu schmerzlich die fortschreitende Verarmung. Mit schwerer Sorge müssen besonders die Gewerkschaften diese Entwicklung verfolgen, denn auf der einen Seite ist es ihre Aufgabe, den Arbeitern doch wenigstens das physische Existenzminimum als Einkommen zu sichern und mit gewerkschaftlichen Kampfmitteln zu erstreiten, während ihnen auf der anderen Seite die Auswirkungen dieser Lohnsteigerungen in unserer heutigen kapitalistischen Wirtschaftsordnung nur zu gut bekannt sind und sie leider wissen, daß der Arbeiter selbst letzten Endes den verteuerten Existenzbedarf kaufen muß aus Gründen, die wir später besprechen.

Die letzten Reste der Zwangswirtschaft zerfallen, die Getreidepreise sind verdoppelt worden und damit, wie sich in der Praxis bald zeigen wird, die Brotpreise. Die Kosten für den Wohnraum werden erheblich steigen, während die Verschlechterung unserer Wäلتا, die fortschreiten wird, bereits in sehr bedeutendem Grade die Preise aller Einfuhrwaren erhöht. Einem krankhaften und in der Dessenlichkeit aufdringlichen Luxus gegenüber vergrößern sich sichtlich die Schwierigkeiten der großen Volksmassen bei der Erhaltung der bescheidensten Existenz.

Neue Preissteigerungen, neue Steuern und Steuererhöhungen sehen also ein. Alle Volksteile bemühen sich, sie abzuwälzen, so daß der Kampf der einen gegen die anderen, der Besitzenden gegen die Nichtbesitzenden in einer Schärfe einsetzt, wie wir sie bisher noch nicht kennengelernt haben. Bei solchen Kämpfen ganzer Volksteile müssen wir uns aber über die Auswirkungen klar werden, denn damit, daß die stärkeren Parteien siegen, ist noch nicht bewiesen, daß diese Siege für die Gesamtheit nützlich und in ihren Folgen gewinnbringend sein werden. Nicht also die Macht des Stärkeren kann entscheiden, sondern die bessere Einsicht in die Zusammenhänge der Wirtschaft und die Wirkungen, die sich aus Eingriffen notwendigerweise ergeben müssen.

An unserer Wirtschaft fressen drei Krankheitserreger:

1. Der Geldverschlechterer,
2. der Steuererheber und
3. die Arbeitslosen und Kurzarbeiter, sowie die unwirtschaftlichen Produktions- und Verkehrseinrichtungen.

Der Geldverschlechterer (Inflation) verringert die Kaufkraft unseres Geldes, expropriert sämtliche Ersparnisse, ob groß oder klein und schwächt unsere Konsumkraft.

Der Steuererheber steht nicht bloß im Dienst des eigenen Staates, sondern im Dienst der Feindbündmächte.

Die Unterstützung beziehenden Arbeitslosen und Kurzarbeiter belasten die Gesamtwirtschaft, da diese sie ohne wirtschaftliche Gegenleistungen erhalten muß, ebenso tun es alle unwirtschaftlich arbeitenden Produktions- und Verkehrseinrichtungen, die zuviel Kraft, Rohstoffe, Hilfsstoffe, Arbeit und Kapital verbrauchen.

Der Geldverschlechterer kann beseitigt werden, indem wir die Notenpressen versiegeln, so daß kein neuer Geldschein mehr gedruckt werden kann.

Dann müssen aber die Lasten aus anderen Quellen aufgebracht werden, nämlich aus gesteigerter und verbilligter Produktion, aus Ersparnissen an Einfuhrwaren, aus erhöhtem Verkauf von Ausfuhrwaren und aus erheblicher Erfassung der Kapitalgewinne und großen Einkommen.

Die Steigerung der Produktion ist begrenzt durch den möglichen Absatz, der Verbilligung der Produktion und des Verkehrs sind dagegen technisch vorerst Grenzen nicht gezogen.

Die Erfassung aller Kapitalgewinne ist technisch möglich, die Geldflut an den Börsen und bei den Banken, die riesengroß ist, würde verebben, die Kapitalflucht allerdings stark gefördert werden. Andererseits aber müßten die erheblichen Kapitalien zur Inbetriebhaltung und Erweiterung der Wirtschaft aus anderen Quellen aufgebracht werden durch Zusammenfassung aller Ersparnisse aus Abwälzung auf die Konsumgüter, was auch bei direkter Besteuerung der Goldwerte und Kapitalien in erheblichem Maße der Fall sein kann, so sind Lohn- und Gehaltssteigerungen unabweisbar. Damit aber reißen wieder die Siegel an den Notenpressen, die zu neuem Lauf ansetzen müssen. Der Geldverschlechterer, die Inflation, bewirkt aber dann die weitere Verarmung des ganzen Volkes.

Eine soziale Steueraufbringung als auch die Lösung des Arbeitslosenproblems kann ohne eine veränderte Wirtschaftspolitik nicht erreicht werden.

Diese veränderte Wirtschaftspolitik darf jedoch an den Grundmauern einer Erfolgswirtschaft selbst nicht rütteln. Ein neues Wirtschaftsprogramm muß also vor allem zum Ausdruck bringen:

Daß nur durch planmäßige Zusammenfassung und Ausnutzung unserer Hilfsmittel, Rohstoffe, Kraftquellen, Arbeitskräfte und Kapitalien in jedem einzelnen Fachgebiet, durch ein inniges, vollständiges Zusammenarbeiten an Stelle planloser Konkurrenzwirtschaft große Ersparnisse gemacht werden können, die wir dringend benötigen.

Daß dieses Ziel aber nicht durch teilweise freiwillige kapitalistische Zusammenschlüsse, sondern nur durch Organisationszwang für jegliches Unternehmen erreichbar wird.

Daß vor allem in unserer Landwirtschaft alle Mittel bereitgestellt werden, um durch Bodendüngung, Unkraut- und Schädlingsbekämpfung, Saatgutverbesserung und Meliorationen und fachkundige Bewirtschaftung die höchsten Ertragnisse herauszuwirtschaften, und eine bisher uns fehlende Kontrolle der Einzelwirtschaften durchgeführt wird, die mangelhaft arbeitende Landwirte im Interesse der Volksernährung ersetzt und Kapitalbedürftigen die notwendigen Geldmittel und Produktionsmittel beschafft.

Daß alle privatwirtschaftlichen Organisationen mit monopolistischen Auswirkungen einer gemeinwirtschaftlichen Kontrolle unterstellt werden.

Daß durch die Bildung gemeinwirtschaftlicher Selbstverwaltungskörper in Gestalt rechtsfähiger Personen, in denen die Interessen der Arbeitnehmer und Verbraucher völlig ausreichend geschützt sind, unsere Produktion und Güterverteilung aus der rein privatwirtschaftlichen Interessensphäre herausgeführt und zur volkswirtschaftlichen Aufgabe gemacht werden.

Daß die Ausbringung von sozialem Kapital ermöglicht wird durch stärkste Anreizung des Spartriebs im gesamten Volk, daß ferner die Umwandlung aller Besitztitel, die heute Inhaberpapiere und Gegenstand wilder Spekulation sind, in Namenspapiere durchgeführt wird. Auf diesem Wege kontrolliert jedes Unternehmen und der Fiskus, in wessen Besitz sich die Anteile an dem Unternehmungskapital befinden, weil ohne Uebertragungen Besitzwechsel nicht möglich ist. Die Ueberfremdungsfahr wird ausgeschaltet, weil die Papiere am Markt nicht mehr gehandelt werden können.

Daß die Auslandsmächte ersucht werden, die deutschen Kapitalien bei ausländischen Banken und Industrieunternehmen, die offenen und versteckten Guthaben festzustellen.

Das die übergroße Zahl von mittleren und kleineren Bankgeschäften, die die Kapitalverschiebungen begünstigen, von den Großbanken übernommen werden, und daß die gesamten Großbanken einem Reichsbankkommissar mit einem Weirat unterstellt werden, der mit weitreichenden Vollmachten die Aufgabe hat, eine einheitliche und volkswirtschaftliche Bankpolitik zu erstreben und eine bezügliche Kontrolle ausüben muß.

Die Fürsorge für die Erwerbslosen und die Erwerbsunfähigen fällt den Selbstverwaltungskörpern jedes Wirtschaftszweiges in erster Linie und grundsätzlich zu. Nur wenn ihre Kraft nachweislich versagt, tritt für die Allgemeinheit die Pflicht ein, die Leistungen zu ergänzen.

Auch an das Kleinbürgertum, den Mittelstand, die Rentner und die Sozialrentner muß der Aufruf der Arbeiter ergehen, ob sie weiter mit ansehen wollen und können, daß ihre ersparten Arbeitserträge, ihre ohnehin unzureichenden Rentenbezüge durch eine fortschreitende Geldverschlechterung vor ihren Augen weggeschmelzen sollen, während die Kapitalisten, Unternehmer und ländlichen Grundbesitzer diese Geldentwertung durch entsprechende Gewinnsteigerungen nicht nur ausgleichen, sondern ihre Vermögen in riesigem Ausmaß vermehren. Auch der deutsche Arbeiter will nicht zum Lumpenproletariat herabsinken, sondern verlangt eine wirtschaftliche Lage, die ihm wenigstens eine bescheidene Bewegung- und Entwicklungsfreiheit gibt, die ohne eigene Ersparungen nicht denkbar ist.

Endet die Aufbringung der neuen Lasten nur mit einem riesigen Lohnkampf — der zwar jetzt leider wieder unvermeidbar ist — ohne einen Umbau unserer Wirtschaft zur Erzielung eines höheren Leistungsfaktors und einer Beherrschung des Preisaufbaues durch die Volksgemeinschaft, dann bedeutet dieser Kampf nichts anderes, als eine fortschreitende Expropriation der Arbeiterklasse selbst und mit ihr der Mittelschichten, nicht aber der wirklich Besitzenden.

Dr. Alfred Striemer.

Sozial- oder Leistungslohn.

Seit dem Januar d. J. bzw. seit der Einführung der sogenannten „sozialen Zulage“ ist die Frage: „Ob Sozial- oder Leistungslohn?“ auch in unserem Verufe in den Vordergrund des allgemeinen Interesses gerückt. Es liegt auf der Hand, daß eine einheitliche Beurteilung des Wertes der „sozialen Zulage“ in den Kreisen unserer Mitglieder gar nicht vorhanden sein kann. Die unverheirateten männlichen und weiblichen Mitglieder, die auf eine Lohnerhöhung verzichten mußten, während die verheirateten eine solche in der Form einer sozialen Zulage vom Januar d. J. bewilligt erhielten, fühlen sich benachteiligt und zurückgesetzt. Im allgemeinen steht die Arbeiterschaft auf dem Standpunkt, daß der Wert der geleisteten Arbeit das entscheidende Moment für die Bemessung des Lohnes sein müsse, d. h. Eintreten für den Leistungslohn. Für gleiche Arbeit gleicher Lohn, ist ein alter Grundsatz in Arbeiterkreisen.

Der Vorsitzende des UGB, Genosse Th. Leipart, nahm unlängst in einem Aufsatz im „Korrespondenzblatt“ Stellung zur Frage: „Sozial- oder Leistungslohn?“ und trat dabei für letzteren ein. Er behauptet, daß der unverheiratete Arbeiter ein geringeres Einkommen benötige als der verheiratete, und führte zur Begründung an, daß ersterer oftmals auf das verhältnismäßig teure Wirtschaften angewiesen sei, daß er höhere Ausgaben für seine weitere Ausbildung, für Sport und Körperpflege benötige, daß er auch Ersparnisse machen müsse, um später in den Ehestand treten zu können usw.

Die seit Monaten wieder geradezu sprunghaft fortschreitende Teuerung, die zu neuen Lohnforderungen nötigt, hat auch die Frage der Soziallöhne wieder mehr in den Vordergrund gerückt. Insbesondere sind es bürgerliche Sozialpolitiker, die sich bemühen, Formen zu finden, die die Einführung dieser Entlohnungsart ermöglichen, unter Fortfall der Nachteile, die sich herausgestellt haben, soweit heute schon Soziallöhne in der einen oder anderen Form gezahlt werden. Es ist notwendig, daß man auch in den Kreisen unserer Mitglieder diese Angelegenheit einer genaueren Prüfung unterzieht und nicht nur vom engsten persönlichen, sondern vom Standpunkt allgemeiner Interessen aus. Dazu ist notwendig, die Auffassungen kennen zu lernen, die bürgerliche Theoretiker hierzu öffentlich geäußert haben. Der bekannte Sozialreformer und Kenner der sozialistischen Bewegung — Verfasser eines sechsbandigen Werkes „Die Berufsverbände“ — Landgerichtsrat Kulemann, hat vor kurzem in einem größeren Lohnkampfe der Braunschweiger Metallarbeiter als Vorsitzender des Schlichtungsausschusses und machte als solcher einen Vermittlungsvorschlag, der auf Einführung des Soziallohnes hinausging. In Nr. 16 der „Sozialen Praxis“ führt Kulemann die Gründe an, die ihn persönlich zu seinem Vorschlag bewogen haben. Es wird dort gesagt:

„Das für die staatliche und wirtschaftliche Gemeinschaft der Familienväter ein wertvolleres Glied ist als der Ledige, unterliegt keinem Zweifel. Der Malthusianismus, der jahrelang in den wissenschaftlichen Kreisen die Herrschaft hatte, findet heute nur noch wenig Vertretung. Ist man aus diesem Grunde weitgehend bestrebt, die Eheschließungen zu erleichtern, und bildet andererseits einen Hauptgrund, der sie erschwert, der Umstand, daß die Einnahmen des Mannes nicht ausreichen, um eine Familie zu ernähren, so liegt es offenbar am nächsten, an dieser Stelle den Hebel einzusetzen, also den Familienväter günstiger zu stellen als den Ledigen.“

Zu dem gleichen Ergebnisse wie das bevölkerungspolitische Argument führt aber auch eine Erwägung der Billigkeit. Das Existenzminimum, mag man es nach physiologischen oder nach sozialen Gesichtspunkten bemessen, liegt offenbar bei dem Familienvater wesentlich höher als beim Ledigen. Beim selben Einkommen, das dem letzteren eine auskömmliche Lebenshaltung bietet, muß der erstere hungern oder wenigstens sich die allergrößten Beschränkungen auferlegen.

Noch ein dritter Gesichtspunkt kommt hinzu, der erst in neuester Zeit Gegenstand der Beachtung geworden ist. Worin liegt denn eigentlich die Ursache der unerhörten und in dieser Höhe durch nichts gerechtfertigten Teuerung aller Lebensbedürfnisse? Gewiß ist sie zum Teil aus der Erhöhung der Produktionskosten zu erklären, die ihrerseits wieder teilweise in der Steigerung der Löhne und Gehälter, größtenteils aber auch in der über alle Grenzen hinausgehenden Gewinnsucht der bei der Herstellung und dem Handel beteiligten Kreise ihren Grund hat. Immerhin steht diesem Faktor ebenbürtig ein anderer zur Seite, nämlich die Genußsucht des Publikums, das jeden Preis zahlt, um nur ja keinerlei Einschränkung bei der Befriedigung seiner Wünsche ausgeht zu sein. Wer bildet denn nun dieses lauwütige Publikum? Zweifellos zu einem Teil die Kreise, die man im allgemeinen als die reichen bezeichnen kann, und die jetzt durch die vielen Kriegsgewinnler und Schieber noch erheblich erweitert sind. Aber zu ihnen gehören auch die ledigen Arbeiter, die das Acht- bis Zehnfache ihrer früheren Löhne beziehen. Diese zweite Gruppe ist selbstverständlich, auf den Kopf der beteiligten Personen berechnet, nicht entfernt so kaufkräftig wie die erste, aber da sie außerordentlich viel größer ist, so fällt sie als ein die Preistreiberei begünstigender Faktor noch stärker ins Gewicht als jene. Um so trauriger aber wird dadurch die Lage der Familienväter.

Endlich noch ein letzter Umstand. Will man überhaupt noch die Hoffnung auf eine Wiedergesundung unseres Wirtschaftslebens aufrechterhalten, so kann sie nur auf dem Wege verwirklicht werden, daß wir für die sehr gering gewordenen Ausfuhrwerte nicht Luxusgegenstände einführen, sondern solche des allgemeinen Bedürfnisses und insbesondere Rohstoffe. Die übermäßige Bezahlung der unverheirateten Arbeiter wirkt aber gerade im entgegengesetzten Sinne, denn diese Kreise, die an Sparen nicht denken, sondern alles für die Befriedigung materieller Begierden ausgeben, sind die stärksten Abnehmer für Artikel, die durchaus entbehrlich sind, deren Einfuhr jedoch erheblich dazu beiträgt, unsere Zahlungsbilanz und unser Zahlungverhältnis immer ungünstiger zu gestalten. Man denke nur an den alles Maß übersteigenden Verbrauch von Zigaretten; jeder grüne Junge muß heute einen solchen Glimmstengel im Munde haben.“ —

Daß wir uns der Beurteilung der unverheirateten Arbeiter durch Kulemann nicht anschließen, brauchen wir unseren Lesern nicht näher auseinander zu setzen.

Nachdem Kulemann von seinem Standpunkt aus zu der Stellung gekommen ist, daß eine verschiedenartige Lohnbemessung von Verheirateten und Ledigen gerechtfertigt ist, prüft er auch, ob begründete Einwendungen gegen dieses Lohnsystem erhoben werden können. Bei den bereits erwähnten Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß lehnten die Metallarbeiter seinen Vorschlag ab mit der Begründung, der Lohn bilde die Vergütung für die Arbeitsleistung, und diese sei in ihrem wirtschaftlichen Werte völlig unabhängig vom Familienstande. Kulemann fand diese Auffassung als extrem, individualistisch und überraschend bei Vertretern des Sozialismus. Er hält diesen Standpunkt der Arbeiter auch sachlich für falsch. Er meint, der Gegenwert für die geleistete Arbeit bestehe nicht in einer Anzahl von Geldscheinen, sondern darin, daß dem Arbeiter die Mittel für eine angemessene Lebenshaltung gewährt werden. Diese sei aber bedingt durch die konkreten Verhältnisse, in denen sich der einzelne Arbeiter befinde. Demzufolge müsse ein Familienvater anders entlohnt werden, als ein Lediger.

Einen weiteren Einwand, der von den Arbeitern erhoben wurde, findet Kulemann aber beachtlich. Die Arbeiter meinen, die bessere Bezahlung des Verheirateten sei letzten Endes kein Vorteil, sondern ein Nachteil für diesen, weil die Unternehmer dann den Ledigen als die billigere Arbeitskraft bevorzugen würden.

Um diesem Einwand zu begegnen, schlägt Kulemann vor, daß die Mehrbelastung, die durch die höhere Entlohnung der Verheirateten verursacht wird, nicht vom Unternehmer, der die Verheirateten beschäftigt, sondern von der Gesamtheit der Industriellen getragen werde.

Im neuesten Heft (31) der „Sozialen Praxis“ schlägt Privatdozent Dr. Ruhs, Jena, zu dieser Frage vor, 10—12 industrielle und landwirtschaftliche Zweckverbände zu schaffen, an deren Klassen der einzelne Betrieb seine Leistungsbeiträge zu entrichten hätte. Das ist das Prinzip der Ausgleichsklassen, wie es in der Porzellanindustrie bereits besteht.

Auch Kulemann kommt zu dem Vorschlage, Ausgleichsklassen zu schaffen, zu der alle Unternehmer eines bestimmten Industriezweiges Beiträge leisten. Aus diesen Klassen sind die sozialen Zulagen für die Verheirateten zu zahlen. Bei diesem Verfahren brauchte sich an der Lohnfestsetzung im einzelnen Betriebe nichts zu ändern; dort könnten, wie bisher, gleiche Löhne für Verheiratete wie Ledige gezahlt werden.

Im allgemeinen steht ja auch das Unternehmertum auf dem Standpunkt, daß nur Leistungslöhne in Frage kommen können. Wir brauchen in diesem Zusammenhange nur an die §§ 22, 23, 24 unseres Reichsmanteltarifs zu erinnern, um zu beweisen, daß auch in unserer Industrie das der Fall ist. Die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ bezeichnete unlängst den Soziallohn als einen Notbehelf zur Verringerung der Produktionskosten. Das Blatt meinte, Berichte aus Industriellenkreisen zu haben, wonach durch die niedrigere Entlohnung der Ledigen Ersparnisse bis zu zehn Prozent gemacht werden konnten, die sonst hätten verausgabt werden müssen, wenn die Ledigen denselben Lohn hätten erhalten müssen, wie die Verheirateten.

Leipart vertritt in dem bereits erwähnten Aufsätze im „Korrespondenzblatt“ den Standpunkt, daß dem Verheirateten in anderer Weise geholfen werden könne und müsse und schlägt u. a. vor:

Bei den Steuern möge der verheiratete und mit Kindern gefegnete Arbeiter in höherem Maße als bisher berücksichtigt werden. Den Kindern der Arbeiterfamilien gewähre man aus öffentlichen Mitteln alle möglichen Vergünstigungen. Man gebe den Kindern der Arbeiter freien Schulunterricht, freie Lernmittel, freie Schulspeisung, freie Körperpflege, in gewissem Umfange vielleicht auch Kleider und Schuhe. Man liefere den Arbeiterfamilien für die Säuglinge freie oder wenigstens verbilligte Milch, beschaffe den schulentlassenen Arbeiterkindern kostenfreie Lehrstellen usw.

Ein sozialer Ausgleich für die Verheirateten läßt sich demnach sehr wohl schaffen, ohne das Entlohnungssystem dafür in Anspruch nehmen zu müssen.

Von einer „übermäßigen“ Bezahlung der ledigen Arbeiter, wie Kulemann sagt, kann wohl im Ernst nicht gesprochen werden. Der Konsum an Zigaretten beweist auch nichts. Wir meinen, daß die Milliarden-Ausgaben für Seil und französische Kognaks, die von den Arbeitern nicht konsumiert werden, mehr zur Verschlechterung unseres Geldstandes beitragen, als die Ausgaben für die Glühmängel der ledigen Arbeiter.

Vom gewerkschaftlichen Standpunkt müssen wir eintreten für eine Entlohnung, die jedem Arbeiter, ob verheiratet oder ledig, ob weiblich oder männlich, die Möglichkeit gibt, überhaupt menschenwürdig leben zu können. Die Frage der Entlohnung ist in erster Linie eine wirtschaftliche und keine soziale Frage. Deshalb treten wir ein für die volle Durchführung des Prinzips des Leistungslohnes, das nicht nur in sich schließt eine gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit, die von Männern geleistet, sondern auch dann, wenn die gleiche Arbeit von Frauen geleistet wird.

Die neuen Preissteigerungen.

Eine neue große Teuerungswelle ergießt sich über das deutsche Volk. In der enormen Erhöhung des Brotpreises findet sie im Augenblick ihren sichtbarsten Ausdruck. Jedoch nicht minder fühlbar sind die verschiedenen sonstigen Preissteigerungen, die in den letzten Wochen bereits eingetreten sind, und mit drückender Sorge sehen die unbemittelten Bevölkerungskreise der gewaltigen Inflationsvermehrung entgegen, die in den nächsten Wochen und Monaten unabwendbar kommen wird.

Die Gewerkschaften haben im letzten Winter sich ernsthaft bemüht, auf einen Preisabbau hinzuwirken. Leider vergebens. Der ADGB hat auch rechtzeitig und wiederholt seinen Einfluß geltend gemacht, um die Brotpreiserhöhung zu verhindern. Das ist ihm gleichfalls nicht gelungen.

Die Gewerkschaften trifft somit keine Verantwortung dafür, daß die Arbeiter nunmehr gezwungen sind, auf der ganzen Linie neuerlich beträchtliche Lohnforderungen zu stellen und diese Forderungen mit den Mitteln des gewerkschaftlichen Kampfes auch durchzuführen.

Die Gewerkschaftsvertreter haben schon am 1. April die Vertreter der Arbeitgeber in der Zentralarbeitsgemeinschaft ersucht, gemeinsame Schritte gegen die bevorstehende Brotverteuerung zu unternehmen. Die Arbeitgebervertreter konnten sich hierzu nicht entschließen, sondern gaben die Erklärung ab, daß

im Falle einer Erhöhung des Brotpreises eine entsprechende Regelung der Löhne folgen müsse, wenn nicht durch eine inzwischen eingetretene Preisentwertung anderer Gegenstände des notwendigen Lebensbedarfs bereits ein Ausgleich geschaffen sei.

Diese hier erhoffte Preisentwertung ist ausgeblieben, es ist im Gegenteil eine große Preissteigerung teils schon erfolgt, teils unmittelbar bevorstehend.

Die Gewerkschaften sind sich bewußt, daß die nun leider nötig gewordenen Lohnerhöhungen auf neue preissteigernd wirken müssen. Schon früher haben sie nachdrücklich betont, daß sie nur mit Widerstreben diesen ungesunden Kreislauf mitmachen. Ihre Bemühungen, die weitere Entwicklung der Dinge so zu beeinflussen, daß wir endlich aus dem Zirkel herauskommen, sollen mit verstärkter Kraft fortgesetzt werden.

Solange jedoch, bis dies gelungen ist, bleibt der Arbeiterschaft kein anderer Weg als der, durch ausreichende Lohnerhöhungen sich einen Ausgleich für die fortschreitende Teuerung zu schaffen. Der Arbeiter muß leben können, wenn er arbeiten soll. Deshalb hat jeder, der sein Interesse an der Erhaltung und Vermehrung der deutschen Arbeitskraft bekunden will, die Pflicht, die Arbeiterschaft und ihre Organisationen bei der Erringung auskömmlicher Löhne tatkräftig zu unterstützen.

Unsere Mitglieder und alle Arbeiter und Arbeiterinnen im ganzen Reiche rufen wir hiermit auf, einig und geschlossen in den Gewerkschaften zusammenzustehen. Größer und schwieriger als jemals sind die uns bevorstehenden Aufgaben. Die Gewerkschaftsleitungen schrecken vor ihnen nicht zurück, sie werden tun, was ihre Pflicht ist. Aber nur in Einigkeit und mit vertrauensvoller Unterstützung können die Gewerkschaften diese Aufgaben erfolgreich für die Arbeiterschaft erfüllen.

Berlin, den 5. August 1921.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.
Th. Leipart.

Das Existenzminimum im Juli 1921.

Von Dr. A. Kuczyński, Direktor des Statistischen Amtes
Berlin-Schöneberg.

Die Kosten des Existenzminimums waren in Groß-Berlin im Juli 1921 infolge der Preissteigerung für viele Nahrungsmittel höher als in den sechs Vormonaten und reichlich ebenso hoch wie im Juli 1920. Billiger als im Juli 1920 waren vor allem Hülsenfrüchte und Fette, teurer vor allem Nahrungsmittel, Zucker, Milch. Im Vergleich mit der Vorkriegszeit waren die Preise nach wie vor ungeheuer hoch. Brot kostete 11mal soviel wie vor sieben Jahren, Margarine 13mal soviel, Milch und Butter 15mal soviel, Zucker 17mal soviel, Kartoffeln 18mal soviel. Für die rationierten Nahrungsmittel ergab sich von Juli 1914 bis Juli 1921 im ganzen eine Verteuerung auf das Zwölfwache. In den vier Wochen vom 4. bis zum 31. Juli wurden an die Bevölkerung verteilt:

	Preis Juli 1921 Pf.	Preis Juli 1914 Pf.
7600 Gramm Brot	2000	188
850 „ Nahrungsmittel	610	86
700 „ Zucker	560	82

Zusammen 3170 5

Dieselben rationierten Mengen, für die man jetzt 31,70 Mk. zahlen muß, konnte man vor sieben Jahren für 2,56 Mk. kaufen. Diese rationierten Mengen enthalten nun im Wochendurchschnitt etwa 5900 Kalorien. Der Nahrungsbedarf eines Kindes von 6 bis 10 Jahren beträgt etwa 11 200 Kalorien, der einer Frau etwa 16 800 und der eines Mannes etwa 21 000 Kalorien. Um das Existenzminimum zu berechnen, wird man also für ein Kind von 6 bis 10 Jahren die rationierten Mengen durch Lebensmittel im Nährwert von 11 200 — 5900 = 5300 Kalorien ergänzen müssen. Eine Frau müßte sich zu der so errechneten Nahrungsmenge des Kindes noch Lebensmittel im Nährwert von 5600 Kalorien hinzukaufen, ein Mann darüber hinaus weitere Lebensmittel im Nährwert von 4200 Kalorien. Beschränkt man sich dabei soweit als tunlich auf die billigsten Nahrungsmittel, so stellt sich der wöchentliche Mindestbedarf für ein Kind von 6—10 Jahren auf 24 Mk., für eine Frau auf 45 Mk., für einen Mann auf 58 Mk. (Die gleichen Nahrungsmengen kosteten im Juli 1914 für ein Kind 1,73 Mk., für eine Frau 3,43 Mk., für einen Mann 4,29 Mk. Tatsächlich war aber das Existenzminimum vor sieben Jahren noch billiger, weil insbesondere Brot damals in unbegrenzten Mengen

zur Verfügung stand. Im Einklang mit der Berichterstattung für die Kommission werden hier daher für die Vorkriegszeit angelegt: Kind 1,75 M., Frau 2,80 M., Mann 3,50 M.)

	Preis Juli 1921	Preis Juli 1914
Nationierte Nahrungsmittel	97	97
125 Gramm Roggenmehl	793	64
375 " Haferflocken	100	4
125 " Speisebohnen	229	19
2000 " Kartoffeln	66	5
1000 " Gemüse	493	24
125 " Margarine	200	14
1 Liter Milch	260	20
1 Liter Milch	354	23
Zus. für ein 6-10jähr. Kind	2428	173
250 Gramm Graupen	192	10
125 " Speisebohnen	56	5
250 " Erbsen	129	11
1000 " Kartoffeln	213	12
750 " Gemüse	150	11
250 " Wäfsenfleisch	400	56
125 " Speck	463	20
500 " Salzheringe	200	25
125 " Margarine	260	20
Zus. für eine Frau	4466	343
500 Gramm Reis	360	22
250 " Speisebohnen	112	11
125 " Speck	463	20
250 " Salzheringe	100	13
125 " Margarine	260	20
Zus. für einen Mann	5761	429

Rechnet man für den Mindestbedarf an Wohnung den Preis von Stube und Küche, für Heizung 1 Zentner Briketts und für Beleuchtung 6 Kubikmeter Gas, so ergeben sich als Wochenbedarf für Wohnung 10 M. (1913/14: 5,50 M.), für Heizung 17,60 Mark (1,15 M.), für Beleuchtung 7,50 M. (0,75 M.).

Für Bekleidung, d. h. für Beschaffung und Instandhaltung von Schuhwerk, Kleidern und Wäsche, sind mindestens anzusetzen: Mann 27 M. (2,50 M.), Frau 18 M. (1,65 M.), Kind 9 M. (0,85 M.).

Für alle sonstigen lebensnotwendigen Ausgaben (Wäschereinigung, Fahrgeld, Steuern usw.) wird man einen Zuschlag von 30 Proz. (1913/14: 25 Proz.) machen müssen.

Als wöchentliches Existenzminimum ergibt sich somit für Groß-Berlin:

	Mann	Ehepaar	Ehepaar mit 2 Kindern
	M.	M.	M.
Ernährung	58	102	151
Wohnung	10	10	10
Heizung, Beleuchtung	25	25	25
Bekleidung	27	45	63
Sonstiges	36	55	75
Juli 1921	166	237	324
Juni 1921	152	231	311
Mai 1921	149	209	285
Juli 1920	154	230	324
August 1913 Juli 1914	16,75	22,30	23,30

(Für die einzelnen Monate seit Januar 1920 vgl. mein Buch: „Wiedergutmachung und deutsche Wirtschaft“, Verlag Hans Robert Engelmann, Berlin W. 15, S. 72.)

Auf den Arbeitstag umgerechnet, beträgt der notwendige Mindestverdienst im Juli 1921 für einen alleinstehenden Mann 26 M., für ein kinderloses Ehepaar 40 M., für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 6 bis 10 Jahren 54 M. Auf das Jahr umgerechnet, beträgt das Existenzminimum für den alleinstehenden Mann 3100 M., für das kinderlose Ehepaar 12 400 M., für das Ehepaar mit zwei Kindern 16 900 M.

Vom letzten Vorkriegsjahre bis zum Juli 1921 ist das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin gestiegen: für den alleinstehenden Mann von 16,75 M. auf 156 M., d. h. auf das 9,3fache, für ein kinderloses Ehepaar von 22,30 M. auf 237 M., d. h. auf das 10,6fache, für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 23,30 M. auf 324 M., d. h. auf das 11,2fache. An dem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen, ist die Mark jetzt höchstens 10 Pf. wert.

Witze für Rußland!

Der Einleitung der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands, die sie gemeinsam eine Hilfsaktion für das von Hungernot und Seuchen schwer bedrohte Rußland zu veranstalten, rief der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes aus Gründen, die einer Erörterung hier nicht bedürfen, nicht Folge leisten.

Es geht uns aber nicht an Mitgefühl mit den notleidenden russischen Arbeitsbrüdern, und wir weisen auch den Gedanken weit

von uns, etwa diese Unschuldigen verantwortlich zu machen und sie büßen zu lassen für die Sünden der jetzigen Gewalttäter in Sowjetrußland, die ihre reichen Geldmittel und ihre Sendboten fortdauernd nach Deutschland schicken zu dem Zweck, unsere Gewerkschaften zu zerstören.

Wir sind überzeugt, daß die große Masse der deutschen Arbeiterschaft in dieser Stellungnahme einig mit uns ist.

Wie aber können wir unsere Solidarität mit den Arbeitern Rußlands bekunden, wie können wir ihnen in ihrer schweren Not helfen?

Gewiß ist das Elend in Rußland größer als die Not, von der die Arbeiterschaft in unserem eigenen Lande seit Jahren heimgesucht wird. Aber wir glauben nicht, daß die Arbeiter Deutschlands angesichts der Lage, in der sie sich gerade jetzt befinden, selbst beim besten Willen instande sein werden, durch Geldsammlungen eine solche Summe aufzubringen, mit der gegen die Hungersnot in Rußland irgend etwas auszurichten wäre.

Brotgetreide und Geldmittel gegen die Hungersnot müssen aus den reichen Ländern kommen, sie können unmöglich aus dem armen Deutschland erwartet werden.

Deutschland aber muß und wird helfen gegen die Cholera und andere Seuchen, die in Rußland wüten. Und an dieser Hilfeleistung sollen sich auch die Arbeiter Deutschlands beteiligen, soweit es ihre Kräfte erlauben.

In Berlin hat sich am 1. August ein Hilfskomitee zu diesem Zweck gebildet, in dem auch der Vorstand des ADGB durch seinen stellvertretenden Vorsitzenden Graßmann vertreten ist. Das Komitee hat die ersten Schritte zur Hilfeleistung bereits eingeleitet und wird über die weiter zu ergreifenden Maßnahmen in den nächsten Tagen seine Entscheidung treffen.

Wir werden die Genossen im Reich rechtzeitig darüber unterrichten.

Berlin, den 3. August 1921.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.
L. h. Leipart.

Ein provokatorisches Verhalten der Glasindustriellen.

Durch die Verordnung vom 23. November 1918 ist in Deutschland der Achtstundentag eingeführt. Für die Glasschmelzer in der deutschen Glasindustrie steht diese Verordnung nur auf dem Papier. Der Verband der deutschen Glasarbeiter hat in einer ausführlichen Denkschrift bereits im März d. J. dem Reichsarbeitsministerium die unhaltbaren Zustände unterbreitet und darauf hingewiesen, daß die Glasschmelzer stets des Nachts arbeiten müssen und eine Arbeitszeit in den meisten Glasfabriken von 12 Stunden haben. In der Fensterglasindustrie müssen die Glasschmelzer sogar bis zu 36 Stunden ununterbrochen arbeiten. Das Reichsarbeitsministerium hat die Gewerbeinspektoren beauftragt, Erhebungen vorzunehmen, und hat feststellen müssen, daß die Angaben des Verbandes der Glasarbeiter zutreffend sind. Geändert ist leider an diesen Zuständen nichts, trotzdem der Verband der Glasarbeiter wiederholt mit den Industriellen in Verhandlungen trat, aber stets wurde erklärt, daß es die technischen Einrichtungen nicht zulassen, und wenn zwei Schmelzer in Doppelschichten eingesetzt würden, keiner der beiden Arbeiter die Garantie für die gute Ausführung der Arbeit übernehmen würde.

Diese Einwendungen der Industriellen wurden entkräftet, indem in einigen Betrieben die Arbeiter den Beweis erbrachten, daß auch zwei Schmelzer sehr wohl gutes Glas herstellen können und die volle Verantwortung für die Ausführung der Arbeit übernehmen.

Bei der elementaren Hitze, die in diesem Sommer herrschte, wurde die Frage für die Glasschmelzer immer brennender. Am 27. Juli fanden in Weiskammer mit den Industriellen Verhandlungen statt, die zu keinem Ergebnis führten. Die Industriellen erklärten sich bereit, dafür zu sorgen, daß die Frage einheitlich für das ganze Reich geregelt werden müsse. Es wurde zugesagt, daß im Laufe dieser Woche dann Verhandlungen stattzufinden haben, und erklärten auch die Glasschmelzer sich bereit, die Arbeit solange fortzusetzen.

Am 5. August sollten die Verhandlungen stattfinden. Vertreten war das Reichsarbeitsministerium, das preußische Handelsministerium, der Regierungspräsident von Liegnitz und die Gewerbeinspektion von Görlitz, sowie der Verband der Glasarbeiter. Die Industriellen, die ihr Erscheinen in der bestimmtesten Form zugesagt hatten, waren nicht vertreten. Der Schutzverband deutscher Glasfabriken hatte einen jungen Mann entsandt, der ganz unangelegentlich erklärte, daß er von der Glasindustrie nichts verfolge und auch keinerlei Vollmacht habe, irgendwelche Abmachungen zu treffen.

Der Vorsitzende des Verbandes der Glasarbeiter geißelte das Verhalten der Industriellen in der schärfsten Form, und auch die anwesenden Regierungsvertreter waren nicht gerade erbaut über das Rücksichtslose Verhalten der Industriellen. Nachdem noch einmal die Glasmelzer ihre Forderungen auf Einführung des Achtstundentages vorgetragen hatten, bemühten sich die Regierungsvertreter, die Industriellen zur Verhandlung heranzubringen, aber dieser Versuch scheiterte. Nach wie vor erklärten die Herrschaften, daß sie keinerlei Zugeständnisse machen können. Dies Verhalten schlug dem Haß den Boden aus. Die Glasmelzer erklärten, daß unter diesen Umständen die Arbeit nicht wieder aufnehmen werden. Für den Ort Weiskwasser kommen nur 30 Glasmelzer in Frage. Es brauchten nur 25 bis 30 Hilfsarbeiter eingestellt zu werden, und die Sache wäre vollkommen geregelt, aber das wollen die Herren nicht, sie erklären, daß es bei der althergebrachten Sitte bleiben muß.

Durch die Arbeitseinstellung der Glasmelzer ist die gesamte Glasindustrie in Weiskwasser lahmgelegt und über 4000 in der Glasindustrie beschäftigte Arbeiter und Arbeiterinnen sind dadurch arbeitslos geworden. Wir sind der Auffassung, daß es Pflicht der Regierung wäre, sofort einzugreifen. Die Glasöfen stehen noch unter Feuer, und unser kostbares Gut, die Kohle, wird nutzlos vergeudet, weil die Industriellen es ablehnen, den Glasmelzern den Achtstundentag zu gewähren, und es ferner abgelehnt haben, mit dem Verband der Glasarbeiter zur Regelung dieser Frage in Verhandlungen zu treten. Rücksichtsloser dürfte wohl kaum in einem zweiten Industriezweig gegen die Arbeiterschaft vorgegangen werden. Die Herren glauben, daß sie der Arbeiterschaft wieder alles bieten können.

Boykott über die Produkte der schweizerischen Schokoladenfabrik Peter, Caillet, Kohler in Orbe.

Arbeiter! Konsumenten! Der Boykott über die Produkte der schweizerischen Schokoladenfabrik Peter, Caillet, Kohler u. G. in Orbe muß mit allen rechtlich zulässigen Mitteln in der schärfsten Form zur Durchführung gebracht werden.

Um zu zeigen, mit welcher Rücksichtslosigkeit die genannte Firma gegen die Arbeiterschaft vorging, lassen wir die Dienstjahre des gemäßigten Vorstandes der Sektion Orbe folgen:

Der Präsident 9 Jahre 7 Monate im Dienste der Firma; der Vizepräsident 7 Jahre 6 Monate; der Kassierer 9 Jahre; der Aktuar 11 Jahre 9 Monate; der Vizekassierer 6 Jahre; die Beisitzer 16 Jahre 4 Monate, 14 Jahre 4 Monate, 12 Jahre 8 Monate, 11 Jahre 4 Monate, 11 Jahre, 10 Jahre 6 Monate, 8 Jahre 3 Monate, 2 Jahre 6 Monate, 2 Jahre im Dienste der Firma.

Genossen! Der Haß der Firma richtete sich in erster Linie gegen die Vertrauensleute der Arbeiterschaft. Für sie sind nicht nur die Fabrikstore für immer geschlossen, sondern auch die der anderen Betriebe. In ihrem Machtbereich läßt die Firma nicht zu, daß die Vertrauensleute Arbeit erhalten.

Gegen diese brutale Rücksichtslosigkeit, gegen diese Methode der Aushungerung muß der Kampf geführt werden.

Deshalb host der Boykottkampf! Hoch die internationale Solidarität!

Die Exekutive der Internationalen Union der Lebens- und Genussmittelindustrie.

Fort mit dem Trinkgeld!

Es ist kollegiale Pflicht aller gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten, die Gastwirtsgehilfen in ihrem Kampfe um eine ausreichende feste Entlohnung zu unterstützen. Das Unternehmertum sucht sich teilweise seiner Pflicht zur Lohnzahlung dadurch zu entziehen, daß es dem Bedienungspersonal die Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit des Trinkgeldes offen läßt, um dadurch sein Interesse an ausreichender besser Entlohnung zu mindern. Bei diesem Verfahren, das jedem kaufmännischen Gebaren widerspricht, ist insbesondere das minderbemittelte Publikum der Leidtragende. Wehrt euch gegen das Trinkgeldsystem und helft, die Gastwirtsangestellten als Kämpfer um sittliche Entlohnung in unsere Reihen einzugliedern, indem ihr allerorts die Beseitigung der Trinkgeldentlohnung mit erreichen helft und überall da, wo durch Tarife das Trinkgeld abgeschafft ist, solches nicht mehr gebt.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.

gez.: P. G r a h m a n n.

Deutscher Gewerkschaftsbund.

gez.: B r o s t.

Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände.

gez.: G u s t a v H a r t m a n n.

Allgemeiner freier Angestelltenbund.

gez.: A u f h ä u s e r.

Alte Erinnerung.

Aus Kollegenreisen wird uns geschrieben:

In meiner Jugendzeit arbeitete ich ein paar Jahre in einer bayerischen Porzellanmanufaktur, die das Staatszeichen auf jeden Gegenstand, der dort fabriziert, gedreht und gemalt wird, als Kennzeichen der Kunst anbringen läßt.

Sowohl, gute Leistungen haben wir in der Malerei seinerzeit auch aufzuweisen gehabt, und mein Interesse erweckt immer noch das Geschäft, in welchem ich gearbeitet habe. In diesem Empfinden erwacht mein Streben von Herzen heraus, nachzutragen, in welchen Verhältnissen da und dort gearbeitet wird, aber nur, wo ich einstmals Gelegenheit hatte, den Betrieb näher kennen zu lernen.

Aber diesmal ist es ein Zufall, der mich zur Feder greifen läßt. Auf meiner Ferientour hielt ich mich einige Tage in der bayerischen Hauptstadt auf. Obwohl ich nicht mehr in meinem gelernten Fache arbeite, so liegt es mir doch noch im Blute, zu beobachten, was meine einstmaligen Kollegen heute noch leisten. So betrachtete ich die Schaufenster der Porzellanläden. Auch die Preise interessierten mich. Mit Behagen stand ich nun am Odeonsplatz vor großen Schaufenstern und bewunderte die Porzellan Kunst. In mir tauchte nun ein Vorwurf auf, indem ich bekennen mußte, daß heute bessere Qualitätsarbeiten geliefert werden als zu meiner Zeit. Warum hast du den Beruf beiseite gelegt? Diesen Vorwurf mußte ich in mir unterdrücken. Zu meiner Zeit waren es die schlechten Arbeitspreise, die mich zu meinem Entschluß führten.

Nun war ich auch froh, daß doch meinen Kollegen jetzt ein besseres Dasein als damals in der Manufaktur vergönnt ist. Voller Bewunderung wandte ich mich an einen nebenstehenden Herrn mit den Worten: „Hier wird doch Wichtiges geleistet, die Figuren, die Tiere, die Malerei, Blumen und Dekorationen sind wirklich künstlerische Leistungen!“

„O ja, das schon, aber —“ Ich ließ meinen Nachbar nicht beim „Aber“, sondern das „Aber“ interessierte mich und erbat, er möchte so freundlich sein, mir das zu erklären.

Nun, die Junge löste sich, und ich bekam vieles zu hören. Unter Staunen kam ich zu der Erkenntnis, daß ich doch froh sein konnte, den Pinsel beiseite gelegt zu haben. Ich sagte zu ihm: „Wie früher“. Die Antwort war: „Noch schlechter“. Bei seiner Erzählung kam mir die Erinnerung: der Künstler, der die Figuren, Tiere schaffte, ist nicht mehr im Betriebe. Eine junge geniale Kraft war es. Aber er wollte einmal auch ein höheres Einkommen haben. Dabei kam es zum Bruch des Arbeitsverhältnisses. Ja, verlangte der Künstler soviel, daß man es ihm nicht genehmigen konnte? O nein, und ein Lächeln kam über seine Mundwinkel. Ich erinnerte mich an einen Fall Müller; bewundernswerte Bilder arbeitete er für die Firma 8 Jahr lang. Dann, in Dresden starb er in ärmlichen Verhältnissen.

Ich erzählte meinem Nachbar dieses Vorkommnis.

Einen Wunsch habe ich: Heraus aus der Geheimhaltung!

Das Oberschiedsamt.

Berichtigung.

In der in Nr. 31 der „Ameise“ veröffentlichten Berichtigung betr. Schiedspruch Nr. 86 ist abermals ein sinnentstellender Fehler unterlaufen. Der letzte Satz dieser Berichtigung muß heißen: „Daraus folgt, daß die sonstigen Arbeiter keine besondere Gruppe bilden, für sie also kein besonderer Stückpreis festgesetzt werden kann.“

Aus unserem Beruf.

Berlin. Der Konflikt im Schildermalgewerbe besteht fort und hat sich verschärft. Ein Teil der Kollegen befindet sich bereits im Streik. Zuzug ist nach wie vor streng fernzuhalten.

Golditz. Seit längerer Zeit schon garte es unter der Arbeiterschaft des Neubaus der Steingutfabrik Golditz, u. G. Die Ursache war ein Aufseher, der durch die Behandlung, die er den Arbeitern angedeihen ließ, letztere unausgesetzt in Aufregung brachte und erhielt. Nachdem alle Versuche, diesen Mann dahin zu bringen, seine rohen und gemeinen Redensarten gegen die Arbeiter zu unterlassen, erfolglos blieben, verhandelte der Betriebsrat mit der Firma darüber. Der Aufseher wurde von seinem Posten entfernt, und es kehrte wieder Ruhe ein. Jedoch plötzlich erschien dieser Aufseher — Anke — wieder auf dem Neubau, um seine „gewohnte Tätigkeit“ aufzunehmen. Das ging der Arbeiterschaft, die permeinte, Anspruch auf eine Behandlung zu haben, wie sie unter anständigen Menschen üblich ist, denn doch arg gegen den Strich. Erneute Verhandlungen des Betriebsrates mit der Betriebsleitung blieben ohne Erfolg. Nunmehr legte die auf dem Neubau beschäftigte Arbeiterschaft geschlossen die Arbeit nieder, und zwar am 2. August, morgens 11 Uhr. Diese spontane

Ausstandsbeziehung griff auch auf den Hauptbetrieb über, und um 2 Uhr desselben Tages befand sich die gesamte Belegschaft im Streik. Inzwischen hatte sich der Betriebsrat unausgesetzt bemüht, die Angelegenheit auf friedlichem Wege noch zu regeln. Indem die Betriebsleitung jedoch auf ihrem Standpunkt verharrte, daß der Aufseher Anke auf seinem Posten bleibe, mußten die Bemühungen des Betriebsrates ohne Erfolg bleiben. Nunmehr wurde schleunigst die Gauleitung und Verbandsleitung in Kenntnis gesetzt. Nach Eintreffen des Gauleiters bahnte der Betriebsrat neue Verhandlungen an, die auch zustande kamen und an denen der Gauleiter teilnahm. Nach längeren und mehrmaligen Verhandlungen kam folgender Vergleich zustande:

Colditz, den 4. August 1921.

Vereinbarung

zwischen der Firma Steingutfabrik Colditz, A.-G. in Colditz, dem Betriebsrat der Firma und der Gauleitung für Schlesien und Sachsen des Porzellanarbeiterverbandes.

Die Aufnahme der Arbeit in der Schlämmerei, Presserei und Glasurmühle beginnt wegen der sich notwendig machenden Vorarbeiten Donnerstag, den 4. August, abends 8 Uhr.

Für alle übrigen an der Bewegung beteiligten Beschäftigten der Firma beginnt die Arbeit den 5. August, früh 1/2 7 Uhr.

Zur Arbeitsaufnahme erklärt die Firma, den Angestellten **A u t e** bis spätestens den 14. August von seinem Posten als Aufseher **des** Neubaus endgültig zu versetzen.

Die Bezahlung der Streiftage lehnt die Firma im Hinblick der Unklarheit der Schuldfrage ab und verweist die Arbeiterschaft an das Gewerbegericht.

Für jenen Teil Colditzer Hilfsarbeiter am Neubau, die wegen Fehlens der nötigen Maurer nicht sogleich voll beschäftigt werden können, erklärt die Firma, Wechselschichten bis zum Zeitpunkt der Vollbesetzung der Maurerstellen beim Neubau für diesen Teil der Hilfsarbeiter zur Einführung zu bringen.

B. u. g.

(Unterschriften.) (Firmenstempel, Unterschrift.)

Die Arbeiterschaft gibt sich der Hoffnung hin, daß sie nunmehr in Ruhe ihre Arbeit vollführen kann.

Duisdorf. Im Juli konnte unsere Zahlstelle zwei Kollegen begrüßen, die bereits 25 Jahre unserem Verbands angehören. Es sind ~~das~~ die Kollegen **S ö h n e r** und **G i e m a n n**. Durch eine schöne Feier wurden die Jubilare geehrt und wünschen wir denselben noch viele Jahre treuester Mitarbeit in unserem Verbands. Sind es doch solche Kollegen, welche auch die traurigen Zeiten unseres Verbandes miterlebt haben, und gerade solche sturmerprobten Gewerkschaftler müssen wir in Zukunft haben. Also unseren Jubilaren hiermit nochmals die besten Wünsche.

Zahlstelle Duisdorf.

Börsned. Die Aussperrung bei der Firma Conter & Böhme wurde rückgängig gemacht. Die Zeitlohnarbeiter und -arbeiterinnen erhalten eine Lohnzulage von 0,50 Mk. pro Stunde. Die Arbeit wurde am 25. Juli wieder aufgenommen.

Die „Oberf. Volksztg.“ schreibt:

Schauberg, 9. August. (Das Loz der Ausgebeuteten.) 40 Jahre lang war er in der Porzellanfabrik Greiner & Co. (jetziger Inhaber: Gebr. Behr) tätig. Sein Rücken ist gebeugt von der Last der Arbeit. Wegen einer Lohndifferenz wurde er vor zwei Jahren auf die Straße gesetzt. Er wolle auch leben und sich nicht mit dem halben Lohn begnügen. Ist er doch noch rüstig und er nimmt es in der Arbeitsleistung mit einem Jüngeren auf. Aber der Zorn des ehemaligen Allgewaltigen von Schauberg gewährt dem „Ungezüglichen“ keine Verzeihung. Die Maßregelung des Alten hält auch der neue Besitzer der Fabrik aufrecht. Auch dieser hat keine Arbeit für den im Dienste der Arbeit Ergrauten. Sa, Arbeiter, wenn dir das Lebensmark ausgefaugt, der Rücken gebeugt, die Haare ergaut, dann hast du das Ansehen verloren, dann ist es Zeit, daß du dich zur Grabesruhe rüstest, d. h. dann hast du kein Recht mehr zu leben. Ihr anderen Arbeitskollegen, wachet auf, ihr dürft so etwas nicht dulden, denn wie bald sind auch eure Kräfte aufgebraucht und ihr seht demselben Schicksal entgegen, dem unser alter Feind verfallen ist.

Verbandsberichte.

Arnsfeld. Versammlung vom 5. August. Aus dem Kartellbericht ist zu erwähnen, daß ~~17~~ Mitglieder und Woche ein Stundenlohn für die streikenden Arbeiter ~~bei~~ **der** **Glase** **Ley** in Arnstadt abzugeben ist. Ferner gibt der Kassierer bekannt, daß für das erkrankte Mitglied Hermann Fischer durch Anruf in der „Arnsfeld“ von den Zahlstellen 1065 Mk. eingegangen sind. Die Sammlung wird geschlossen. Dann entspinnt sich eine sehr erregte Debatte über verschiedene Mißstände. Vor allem wird dem Betriebsrat **zum** Vorwurf gemacht, daß derselbe die Mitglieder durch Einberufung einer Betriebsversammlung nicht von dem Gang der Verhandlungen unterrichtet, damit die Mitglieder, wenn es notwendig ist, dagegen Stellung nehmen können. Dieser Fehler soll in Zukunft nicht wieder

vorkommen. Da bei der Firma Mendorf & Bandorf ~~mit~~ verschiedenen Differenzen zu regeln sind, wird der Antrag gestellt, den ~~der~~ ~~er~~ ~~nach~~ ~~hier~~ ~~kommen~~ ~~zu~~ ~~lassen~~. Der Antrag wird einstimmig angenommen ~~am~~ ~~5.~~ ~~August~~ war der Gauleiter hier und sind die Differenzen geregelt worden. Eine zweite Angelegenheit, die noch gegen einen Kollegen ~~herrscht~~ ~~von~~ ~~der~~ Gauleitung dem Gewerbegericht übergeben werden.

Brattendorf. In der Zahlstellenversammlung am 2. Juli fanden sich außer unseren Betriebskollegen die Kollegen von **E i s f e l d**, die auch zu unserer Zahlstelle gehören. Kollege Luther (Kassierer) gab einen ausführlichen Bericht über die Kassierverhältnisse im 2. Quartal bekannt. Die beiden Revisoren bestätigten, daß bei der Revisor **S ä c h e r** und **K e s s e** in bester Ordnung vorgefunden worden sind, wonach dem Kassierer Entlassung erteilt wurde. Dann gibt der Vorsitzende bekannt, daß von Seiten der Arbeitgeber der Mantelvertrag gekündigt worden ist. Es gilt, rechtzeitig Stellung zu nehmen zu den neuen Verhandlungen. In **R l. Weilsdorf** und **Brattendorf** hatten wir bereits gemeinschaftlich eine Forderung bei der Direktion betreffs der sonstigen Arbeiter in Höhe von 30 bis 40 Prozent eingereicht. So möchten wir, da diese von uns eingereichten Forderungen abgemiesen worden sind, darauf hinweisen, daß bei den kommenden Lohnverhandlungen die Forderung für sonstige Arbeiter im allgemeinen berücksichtigt wird. Weiter stellen wir die Forderung, daß bei der kommenden Lohnverhandlung darauf verweist wird, daß die soziale Ausgleichszulage in Zukunft wieder voll zur Auszahlung gelangt. Kollege Kaufert weist auf den § 6 des Verbandsstatuts hin, da noch unter vielen Kollegen Unklarheiten in bezug auf Beitragsleistung bei Kurzarbeit und Krankheitsfällen besteht. Meistens sind es solche Kollegen und Kolleginnen, die sich durchaus nicht den Bestimmungen der Organisation fügen wollen und ihre Zeitungen und Statuten achtlos beiseite werfen, anstatt zu lesen und sich Klarheit zu verschaffen, aber am meisten schreien, wenn sie bei Lohnforderungen zu kurz abgeschnitten haben. — Unter Punkt „Verschiedenes“ kam es zu einer regen Aussprache in bezug auf das Gewerkschaftsfest am 17. Juli in Weilsdorf, wozu alle dem Kartell Eisfeld angehörenden Verbände und Mitglieder erscheinen sollten. So kam es vor, daß verschiedene Kollegen von **R l. Weilsdorf** es trotz Aufforderung nicht für nötig hielten, daselbe an Ort und Stelle zu besuchen; auch verschiedene Kollegen aus unserer Zahlstelle hielten es trotz des schönen Wetters und trotz der guten Mahnung des Vorsitzenden Kaufert nicht für nötig, zu erscheinen, was unter den Kollegen vom Walde Empörung hervorrief. Es wurde der Antrag gestellt, daß gegen diese Kollegen vorgegangen wird, wozu auch in der nächsten gemeinsamen Sitzung in Weilsdorf Stellung genommen werden soll. Da nun schon längere Zeit eine gewisse Gegenströmung in der Zahlstelle sich bemerkbar machte, die durch gewisse radikale Elemente hervorgerufen, welche schließlich letzten Endes nur eine Zersplitterung in die Belegschaft tragen wollen durch unlaute Gerüchte gegen den Vorsitzenden sowie den Betriebsrat dortselbst, legten der Vorsitzende Kaufert und der Kassierer Luther ihre Ämter nieder. Es machte sich dadurch eine Neuwahl erforderlich, die aber wegen der vorhandenen gereizten Stimmung zu keinem Resultat führte. Diefelbe wurde auf die nächste Betriebsversammlung verlegt. Die Versammlung wurde somit geschlossen.

Breslau. Am 24. Juli tagte im Gewerkschaftshaus eine Zahlstellenversammlung. Nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten wurde zum bevorstehenden Tarifabschluß nebst Lohnabkommen Stellung genommen. Es wurde folgende Entschloßung einstimmig angenommen:

„Die Versammlung hat Wissen von der Kündigung des Manteltarifs durch die Unternehmer und nimmt dazu Stellung. Nach zuverlässigen Presseberichten sieht die Arbeiterschaft Deutschlands einer abermaligen höchst ungünstigen Wirtschaftslage entgegen. Diese wird darin erblickt, daß neben Ankündigungen neuer Steuern unbegreiflicherweise aber eine Verteuerung aller wichtigsten Lebensmittel, wie Brot, Butter, Milch, Eier usw., zu erwarten ist. Für Kohle und Holz müssen bereits die höheren Preise gezahlt werden, so auch für Butter und Fettwaren. Die Ernährung des Arbeiters ist immer noch die denkbar schlechteste. Die Tuberkulose rafft noch tausende von Kindern und Erwachsenen dahin, trotz Aufhebung der Zwangswirtschaft. Wenn behördlicherseits mit dem Gedanken umgegangen wird, die Grundgehälter der städtischen Bankdirektoren zu erhöhen, dann hat wohl der Arbeiter das Recht, zu fordern, daß auch sein Lohn aufgebessert wird. Wenn ferner hohe Beamte mit ihrem eintägigen Gehalt — wie beispielsweise der Breslauer Polizeipräsident — meinen, wir gehen besseren Zeiten entgegen, so gehört dies ins Reich der Fabel. Die Mitglieder vorgenannter Zahlstelle unterordnen sich gern der Verbandsleitung, weil sie überzeugt sind, daß diese ihr Wissen und Können in unserem Nutzen anwendet. Es wird jedoch betont, daß Resolutionen nicht geschaffen werden, um im Papierkorb ihre Erledigung zu finden. Die Versammelten beauftragen die berufenen Instanzen, mit besonderer Berücksichtigung der Zeitlöhner und unter jeglichen Umständen alles daran zu setzen, eine der Steuer- und Preispolitik angepasste und auf den 1. August rückwirkende Lohnerrhöhung zu verwirklichen. Durch die bereits im Juli 1921 einsetzende Teuerung erachtet die Versammlung eine Nachzahlung als gerechtfertigt.“

Alle Zahlstellen sind hierdurch aufgefordert, sich der Entschloßung Breslau anzuschließen.

Frauenth. In einer gemeinschaftlichen Sitzung der Zahlstellenverwaltungen von Frauenth und Zwickau, sowie der Betriebsräte der in Frage kommenden drei Porzellanfabriken wurden Tariffragen erörtert. Es wurde beschlossen, dem Hauptvorstande folgendes zu unterbreiten: Wir nehmen an, daß bei den nächsten Tarifverhandlungen das Lohnabkommen die wichtigste Frage sein wird. Die heutigen Löhne sind bei den heutigen Verhältnissen unauskömmlich geworden. Wir Porzellanarbeiter haben ein Recht darauf, die höchsten Industrielöhne beanspruchen zu können. Einmal kommt hierbei in Betracht, daß die Tuberkulose als Berufskrankheit immer mehr um sich greift und unsere Lebensdauer verkürzt, wogegen wir mit einer regelmäßigen besseren Ernährung gekämpft werden kann. Zum anderen stellen wir einen besonders wichtigen Faktor in unserem Wirtschaftsleben dar, indem wir aus billigen heimischen Rohstoffen hochwertige Produkte für den Auslandsmarkt erzeugen und damit zur Verbesserung unseres Geldstandes und des gesamten Wirtschaftslebens beitragen. Es kommt weiter hinzu, daß die Porzellanindustrie für die Arbeitgeber ganz bedeutende Gewinne abwirft, so daß eine bessere Bezahlung der Arbeiter auch aus diesem Grunde gerechtfertigt ist.

Zum Manteltarif war die Sitzung der Meinung, daß derselbe wesentlich verkürzt werden kann, da viele Paragraphen nur zu Irrtümern

föhren und sich deshalb besondere Ausführungsbestimmungen notwendig machen. Für die §§ 22, 23 und 24 darf im neuen Vertrag kein Platz mehr sein. Wenn man Mindestlöhne vereinbart, dann muß der Akkordarbeiter genau so wie der Zeitlohnarbeiter Anspruch auf einen garantierten Mindestlohn haben. Wir haben die feste Zuversicht, daß der Vorstand die Lage der Arbeiter genau kennt und danach handeln wird.

Marktreidwitz. Am 21. Juli, abends, nach Arbeitsluß, fand hier im „Eichspielhaus“ eine öffentliche Porzellanarbeiter-Versammlung statt, in welcher Verbandschriftführer Albin Karl, Berlin, über wirtschaftliche Zeit- und Streitfragen referierte. Dem Ernst der Zeit entsprechend, durfte der Besuch der Versammlung ein weit besserer sein; denn es waren nur zirka 300 Porzellanarbeiter anwesend. Einleitend in seinem Referat schilderte der Referent die verflochtenen wirtschaftlichen Kämpfe infolge fortgesetzter Teuerung, mit welcher unsere tariflich festgesetzten Löhne in keiner Weise Schritt hielten. Redner hatte reichliches statistisches Material, an Hand dessen er die sprunghafte aufwärtsbewegende Teuerung nachwies, welche im Januar die Höchstgrenze mit 921 Punkten erreichte, sich auf dieser Höhe einige Zeit hielt und bis Mai auf 880 Punkte, zirka 5 Prozent, zurückgegangen ist. Ausgeschlossen ist, daß die Unternehmer dieserhalb an Lohnabbau herangehen können, da die Löhne bei der Preisbildung nicht in Frage kommen. Wenn auch der statistisch nachgewiesene Rückgang von zirka 5 Proz. sich in den Großstädten bemerkbar machte, so war doch in den mittleren und kleineren Städten nichts davon zu spüren. Alle Preisveränderungen nach unten kamen in den Großstädten viel eher zur Auswirkung als in den mittleren und kleinen Städten, dahingegen eine Preisveränderung nach oben sofort Schritt hielt mit den Großstädten. Auf die Nachricht, daß am 15. August die Zwangswirtschaft von Brot aufgehoben wird, zogen die Preise für Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände an, welche nach dem 15. August jedenfalls im Preise noch bedeutend mehr steigen werden. Die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland sind in Zukunft keine rosigen, weil durch vermehrte Arbeitslosigkeit, Stilllegung von Betrieben, kommende Teuerung, z. B. Brot, Milch, Kohle, alle anderen Artikel, die im Zusammenhang mit diesen stehen, ebenfalls im Preise anziehen werden. Der Arbeiter ist gezwungen, sich der wirtschaftlichen Lage anzupassen; daraus ergibt sich, daß Lohnforderungen unbedingt gestellt werden müssen. Am 21. Juni hatten die Unternehmer in Berlin eine Zusammenkunft. Die erste Folge davon war die Kündigung unseres Manteltarif, welcher Ende September abläuft. Daß die Unternehmer keine Verbesserung unseres Manteltarif zur Durchführung bringen wollen, darüber sind wir uns im klaren. Der Zweck ist jedenfalls der, die Arbeitslöhne und Arbeitsbedingungen zu verschlechtern, das heißt bessere Ausbeutung der Arbeiter durch Angestellte unter dem Druck der Unternehmer. Eine Verschlechterung der Lohn- bzw. Arbeitsbedingungen darf aber in keinem einzigen Industriezweig zur Durchführung gelangen, da es auch auf alle anderen Industriezweige übergreifen würde. Infolge der großen Unterschiede auf beiden Seiten wird es wahrscheinlich zu einem Kampf kommen, welchen die Arbeiterschaft mit aller Energie durchführen wird, wenn den gegebenen Teuerungsvhältnissen von Seiten der Unternehmer nicht Rechnung getragen wird. Den kommenden Zeiten muß die Arbeiterschaft gewappnet entgegensehen. Spaltungen innerhalb der Gewerkschaften dürfen wegen Parteiauffassungen, ebenfalls wegen religiöser Anschauungen unter keinen Umständen Platz greifen; da es dem Unternehmer gleich ist, wem er den Lohn zahlt. Die Unternehmer sind in einem Verband zusammengeschlossen, und dieses müßte für unsere Kollegen und Kolleginnen eine Lehre sein, sich auch in einem Verband fest zusammenzuschließen. Der Redner schloß seinen sehr interessanten und lehrreichen Vortrag mit einem Mahnwort an die Kollegen und Kolleginnen, sich auf dem laufenden zu halten, vor allem die „Ameise“ zu lesen und unsere Organisation immer besser auszubauen. Eine Diskussion von Seiten der Versammlungsbesucher wurde nicht gewünscht, da hierzu keine Wortmeldungen vorlagen. Der Vorsitzende, Kollege Wankum, erteilte hierauf dem Referenten das Schlusswort. In diesem brachte der Referent interessante statistische Aufstellungen über die Preisbildungen der Lebenshaltung aus den Jahren 1913 bis 1914 gegenüber 1920 bis 1921. In diesen Aufstellungen wurde nachgewiesen, wie die Großstädte in der Lebenshaltung in den Jahren 1913 bis 1914 über den Reichsdurchschnitt hinausgingen, jetzt den Reichsdurchschnitt erreicht, teilweise sogar unter diesem stehen. Die mittleren und kleinen Städte hingegen, welche 1913 bis 1914 teilweise weit unter diesem standen, haben diesen erreicht, ja sogar überschritten. Dies muß unseren Kollegen und Kolleginnen bei den künftigen Lohnverhandlungen ein Hinweis sein, daß in diesem Sinne verhandelt werden muß. Die mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen des Kollegen Karl fanden hiermit ihr Ende. Die Versammlung wurde hierauf um 8 Uhr vom Vorsitzenden geschlossen.

Potschappel. Am 23. Juli fand im „Hirsch“ unsere Mitgliederversammlung statt. Von 185 Mitgliedern unserer Jahrsstelle hatten sich 76 eingefunden. Da der Kartelldelegierte nur kurze Zeit anwesend sein konnte, um dann einer Bezirksausschusssitzung der Gewerkschaften beiwohnen zu können, wurde als ersten Punkt der Tagesordnung der Bericht über die letzte Kartellsitzung rstatet. Den Ausführungen ist folgendes zu entnehmen: Genosse Umbreit hielt einen Vortrag mit dem Thema: „Erwerbslosenfrage und die Gewerkschaften“. Nach seinen Ausführungen wäre von Seiten der Gewerkschaften in dieser Frage alles mögliche getan, auch seien teilweise die 10 Punkte der Gewerkschaften zur Ausführung gebracht worden. Des weiteren wurde durch den Delegierten bekanntgegeben, daß die Arbeiterzentralbibliothek der städtischen Bibliothek in Dresden angegliedert wurde. Der Organisation der Arbeitsinvaliden wurden von Seiten des Ortskartells 500 Mk. zu ihnen Geschäftskosten bewilligt. Von unserer Jahrsstelle werden 50 Mk. zum gleichen Zwecke dem Dresdener Ortskartell überwiesen. Auch sind vom Dresdener Kartell dem Zentralverband der Angestellten zur Unkostendeckung bei den Kaufmannsgerichtswahlen 6000 Mk. überwiesen worden. Ohne besondere Einwendungen wurde der aufklärende Bericht zur Kenntnis genommen. Nunmehr wurde die in der letzten Versammlung infolge vorgerückter Zeit abgebrochene Diskussion über: „Mitbestimmungsrecht der Mitglieder bei Tarifabschlüssen“ fortgesetzt. Nach längerer, teilweise sehr erregter Debatte wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „In bezug auf die ab 15. August eintretende unerhörte Erhöhung der Brotpreise erwartet die Versammlung vom Bund der Gewerkschaften, mit aller Kraft und mit allen zulässigen Mitteln bei den Unternehmern dahin zu wirken, die Differenz — als Lohnerrhöhung für die Arbeiterschaft — auszugleichen. Weiter erwartet die Versammlung von unserem Hauptvorstand, bei den kommenden Tarifverhandlungen mit aller

Energie eine Verschlechterung des Manteltarif sowie eine Verschlechterung des Lohnabkommens zu verhindern. Auch schloß die Versammlung vor, allerorts zu erwägen, ob durch Urabstimmung die Annahme des Tarifes zu entscheiden wäre.“

Zu den bevorstehenden Tarifverhandlungen ergehen an den Hauptvorstand folgende Anträge: 1. Dahin zu wirken, daß bei den ohnehin schwer geschädigten Kurzarbeitern, sowie bei allen ledigen Kollegen die soziale Zulage voll in Anrechnung gebracht wird, um dieser „Zulage“ wirklich „soziale“ Geltung zu verschaffen. 2. Daß die Ferien nicht nach der Tätigkeit in einem Betriebe, sondern nach Berufsjahren angerechnet werden. 3. In Anbetracht der schweren Arbeitsleistung der Brenner sollen tariflich höhere Löhne festgelegt werden, da es örtlich nicht immer ohne Schwierigkeiten möglich ist, die Entlohnung über den festgesetzten Mindestlohn hinauszubringen. Gleichzeitig sollen als Ueberstunden beim Brennen die Zeit über 8 Stunden täglich angerechnet werden und nicht wie bisher die Zeit, die über wöchentlich 48 Stunden hinausgeht.

Der Kassierer erstattete hierauf Bericht über das letzte Quartal. Die Einnahme betrug 8592,99 Mk., die Ausgabe 8545,58 Mk., demnach ein Kassenbestand von 27,41 Mk. Der Lokalfonds ergab eine Einnahme von 2575,67 Mk. und eine Ausgabe von 982,18 Mk., somit einen Bestand von 1593,46 Mk. Der Mitgliederbestand beträgt zurzeit 185, und zwar 155 Männliche und 30 Weibliche. Streichungen wegen rückstehender Beiträge mußten drei vorgenommen werden. Uebertritte zu anderen Verbänden erfolgten 5, davon 3 männliche und 2 weibliche. Ganz besonders wurde hierbei der sehr säumige Versammlungsbesuch gerügt, und wiederholt wurde schon darauf hingewiesen, daß es eines ehrlichen Gewerkschaftlers unwürdig ist, den allmonatlich einmal stattfindenden Versammlungen fernzubleiben. Ein Beitrag zur Deckung des Defizits im Dresdener Volkshaus ist vorläufig abgelehnt. Eine vom Vorstand der Betriebskrankenkasse aufgestellte Vorschlagsliste zur Neuwahl wurde ohne Einwände anerkannt. Vorgebrachte Beschwerden der Kollegen über Kalkulationen neuer oder Aufbesserung bedürftiger Artikel, sowie die Art und Weise des Vorgehens seitens der Fabrikleitung und die Behandlung der gesamten Arbeiterschaft des Betriebes, nicht zuletzt die Behandlung und Hintanhaltung speziell des Betriebsrates soll letzterer in einer Sitzung zur Sprache bringen und energische Verwahrung einlegen, eventuell behördlichen Schutz in Anspruch nehmen. Auch soll in Anbetracht der baulichen Veränderungen im Betriebe verlangt werden, daß hygienische Wohlfahrtseinrichtungen für die Arbeiterschaft in der notwendigen Weise beschafft werden. Vor allem Umkleieräume und Waschgelegenheit, worin zurzeit die größten Mißstände herrschen. Eine vorgebrachte bedauerliche Entgleisung eines Verbandskollegen soll in einer Ausschusssitzung klärend behandelt werden. Unter Hinweis auf alle vorgebrachten Mißstände und zur Behebung aller Unzuträglichkeiten ist ein fester Zusammenhalt erste Notwendigkeit. Daher immer wieder: „Restlos in allen Versammlungen erscheinen!“ Nur Einigkeit macht stark; auch wir werden dadurch ein erträgliches Los unseres Daseins erreichen. Mit diesen Worten wurde die Versammlung geschlossen. St.

Schramberg. In unserer gutbesuchten Juliversammlung wurde nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten beschlossen, das 50 jährige Bestehen unserer Jahrsstelle festlich zu begehen und die beachtlichen Jahrsstellen dazu einzuladen. Ferner wurde noch beschlossen, daß bei den kommenden Tarifverhandlungen streng darauf gehalten werden soll, endlich einmal die auf einen Wochentag fallenden kirchlichen Feiertage als Arbeitstage zu bezahlen.

Ettan. Die am 5. August abgehaltene Jahrsstellenversammlung befaßte sich u. a. mit den Vorschlägen zum neuen Reichstarif. Nach eingehender Aussprache verlangte die Versammlung die Abänderung resp. Verbesserung der §§ 2, 4, 9, 10, 12, 14, 18, 20, 25, 27, 28, 32, 40, 41 und 59. Die Formulierung und Begründung genannter Paragraphen wird den beiden Delegierten, welche die Forderungen bei der Gaukonferenz Marktredwitz am 13. und 14. August zu vertreten haben, übertragen. Des weiteren beschäftigte sich die Versammlung mit dem derzeitigen Lohnstarif. Alle Redner erklärten die jetzigen Löhne als vollständig ungenügend. Eine dringende Abhilfe wird von sämtlichen Rednern gefordert. Die Versammlung beschloß, folgende Resolution dem Hauptvorstand zu unterbreiten: „In Anbetracht der dauernden Steigerung der Preise für sämtliche Lebensmittel und Bedarfsartikel ist eine Existenzmöglichkeit heute undenkbar. Wir fordern daher den Hauptvorstand auf, das Lohnabkommen unverzüglich zu kündigen und eine Lohnerrhöhung von 70 bis 100 Proz. zu fordern, selbst wenn für die Erfüllung die schärfsten Kampfmittel unserer Organisation Anwendung finden müssen. Die sonstigen Arbeiter und Arbeiterinnen sind bei diesen Lohnzuschlägen im weitgehendsten Maße zu berücksichtigen.“ E.

Briefkasten der Redaktion.

Versammlungsberichte aus Flörsheim, Fraureuth, Magdeburg, Schauberg mußten wegen Raummangel zurückgestellt werden.

Sterrretafel.

- Coburg.** Adolf Gutgeßell, Maler, geboren am 10. September 1895, gestorben — beim Baden ertrunken — am 27. Juli. Mitglied seit 1919.
 - Hohenberg a. Eger.** Elise Rieß, Einbinderin, geboren am 28. Juli 1860, gestorben am 4. August an Schlaganfall. Mitglied seit 1918.
 - Oberkochen.** Anna Mulzer, Druckerin, geboren am 31. März 1882, gestorben am 29. Juli an Herz- und Leberleiden. Mitglied seit 1919.
 - Selb.** Ernestine Säckel, Stanzlerin, geboren am 31. Mai 1896 zu Mühlbach, gestorben am 4. August an Bauchfellentzündung. Mitglied seit 1919.
 - Spandau.** August Wendi, Mästermüller, geboren am 9. August 1858 zu Fürstenwerda, gestorben am 6. August an Magenkrebs. Mitglied seit 1918.
 - Wittenberg.** Otto Schrödter, Arbeiter, geboren am 21. August 1904, gestorben am 3. Juli an ? ? Mitglied seit 1920.
- Ehre ihrem Andenken!

Versammlungs-Anzeigen.

Zahlreicher Besuch in allen Versammlungen erwünscht.

Berlin. Eisenmaler. Donnerstag, den 25. August, nachm. 5 Uhr, bei Wolfshäger, Adalbertstr. 21.

Bonn. Sonnabend, den 20. August, abends 7 Uhr, „Phönixhalle“, Kölnstr. 17.

Breslau. Sonntag, den 21. August, vormittags 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 3.

Adressen-Veränderungen.

Köslan (Anhalt). Vorf.: Otto Matterne, Dessauerstr. 83. Raff.: Otto Tiefenbach, Schulstr. 19; beide Dreher.

Velten i. d. M. Schriftf.: Max Neugebauer, Drhr., Luisenstr. 13.

Flörsheim a. Main.

Auszahlung von Unterstützung nur Samstags, nachm. von 5—7 Uhr. Außerdem werden die Mitglieder nochmals aufmerksam gemacht, daß die Meldung der Erwerbslosigkeit innerhalb der ersten drei Tage erfolgen muß, andernfalls beginnt der Anspruch auf Unterstützung erst vom Tage der Meldung ab. Der Kassierer: Günther Wittmann, Bahnhofstr. 13.

Dresden und Umgegend.

Mitgliedschaft Dresden: Die Fortsetzung des Kursus über Bilanzwesen erfolgt am 19. August, nachmittags ½ 5 Uhr, im bekannten Lokal.

Mitgliedschaft Meissen und Sörnewitz: Den Vertrauensleuten der Betriebe des Meissener Bezirks, die sich zur Teilnahme am Kursus über Bilanzwesen gemeldet haben, zur Kenntnis, daß derselbe Montag, den 29. August, nachmittags ½ 6 Uhr, im Zeichenhalle der Johanneschule zu Meissen beginnt.

Die Teilnehmer werden gebeten, pünktlich zu erscheinen, damit die Zeit ausgenützt und der Herr Lehrer sich nicht unnütz in Meissen aufhalten braucht. J. A.: Die Verwaltung.

Quittung.

Für unser erkranktes Mitglied Hermann Fischer gingen folgende Beiträge ein:

Althaldensleben 15,—; Annaburg 10,—; Arberg 25,—; Auma 10,—; Brottendorf 20,—; Berlin 20,—; Breslau 10,—; Burgau 10,—; Colditz 10,—; Coburg 20,—; Cassel 15,—; Elsterwerda 20,—; Elmshorn 25,—; Frankfurt a. d. O. 10,—; Flörsheim i. M. 10,—; Freiberg 10,—; Gotha 10,—; Grünstadt 15,—; Gräfenthal 10,—; Hermisdorf 20,—; Hirschau 10,—; Jecha 10,—; Jlmnau 20,—; Kahla 10,—; Königszelt 20,—; Rüps 20,—; Rauhütte 20,—; Rimbach 20,—; Rettin 5,—; Meuselbach 10,—; Marktredwitz 20,—; Mitterteich 20,—; Meuselwitz 10,—; Mannheim 10,—; Margarethenhütte 20,—; Moschendorf 10,—; Neuhaldensleben 20,—; Neustadt 15,—; Oberkotzau 25,—; Plaue 20,—; Poitzschappel 15,—; Plessau 10,—; Rauenstein 10,—; Rodach 20,—; Rehau 25,—; Roschütz 10,—; Spandau 20,—; Sorau 10,—; Selb-Plößberg 20,—; Sophienau 15,—; Tiefenfurt 20,—; Triptis 10,—; Teltow 20,—; Stadtlangsfeld 20,—; Staffel a. d. Bahn 20,—; Schlierbach 25,—; Schleusingen 10,—; Scheibe 15,—; Schönwald 15,—; Uhlstädt 20,—; Unterweißbach 25,—; Vordamm 10,—; Weisdorf 10,—; Wöhrstrauß 10,—; Waldenburg i. Schl. 20,—; Weiden 20,—; Waldfassen 10,—; Weißwasser 20,— Mk. Summa: 1065,— Mk.

Allen Gebern herzlichsten Dank. Die Sammlung ist geschlossen.

Kassierer Hermann Wösch, Jahnhalle Arnstadt i. Ch., Friedhof 8.

Arbeitsmarkt.

Offertbriefe, denen kein frankiertes Aubert beiliegt, werden nicht weiter befördert.

Tüchtiger Maler als Mustermaler in Dauerstellung für sofort gesucht. Ang. Heißner, Nachf., Gräfenroda i. Thür.

Junger Modelleur, der an sauberes Arbeiten gewöhnt und mit Einrichten vertraut ist, möglichst ledig, findet sofort Stellung bei den **Keramischen Werken, C. & E. Carstens, Georgenthal i. Thür.**

Tüchtiger Formgießer — aus der Geschirrbrennerei, welcher auch einrichten kann, möglichst ledig, findet sofort Stellung bei den **Keramischen Werken, C. & E. Carstens, Georgenthal i. Thür.**

Mehrere Schalen- und Tellerdreher stellt in dauernde Beschäftigung sofort ein **Reichenbacher Porzellanfabrik, C. & E. Carstens, Reichenbach (S.-A.).**

Tüchtige Gießer stellt ein **Steingutfabrik Vellmar-Vorderort C. & E. in Velten i. Mark.**

Zum sofortigen Eintritt werden einige jüngere ledige Steingutdreher für Teller, Schalen, Tassen usw. gesucht. Angebote möglichst mit Zeugnisabschriften versehen unter Chiffre **A. E. 2** an die Redaktion der „Ameise“.

Größere Steingutfabrik sucht 1 bis 2 tüchtige Maler für Auf- und Unterglasur-Freihandmalerei, Schablonen und Spitzdekore, sowie gut eingearbeitet auf bessere Glaswarendekore in Kaffee-, Tee-, Waschgöschirren und Töpfen.

Es wollen sich nur Herren melden, die den Anforderungen vollständig gewachsen sind und in größeren Fabriken gearbeitet haben. Ledige wegen Wohnungsmangel bevorzugt. Angebote mit Angabe der bisherigen Tätigkeit, Lohnansprüchen und Zeugnisabschriften unter **A. E. 20** an die Redaktion der „Ameise“.

Tüchtiger, lediger Schalendreher per sofort gesucht. **Porzellanfabrik Brambach, Brambach, i. Sa.**

Selbständiger Brenner der Geschirrbrennerei, im Setzen und allen einschlägigen Arbeiten gut bewandert, sucht per sofort dauernde Stellung. **Gefl. Angebote an die Redaktion der „Ameise“ erbeten unter „A. E. 60“.**

Tüchtiger Gießer, in allen größeren Artikeln, in Geschirren, sowie auch in Luxus — Figuren usw. — bewandert, der auch das Garnieren versteht, sucht Stellung zum baldmöglichsten Antritt. **Offerten unter „A. E. 2“ an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.**

Für eine bayerische Steingutfabrik wird ein verlässlicher und mit allen Nebenarbeiten vertrauter Brenner, der gute Glattlöfen zu liefern vermag, gesucht. Bei zufriedenstellender Leistung steht demselben der Oberbrennerposten offen. **Angebote unter „A. E. 1“ an die Redaktion der „Ameise“.**

Wir suchen einen tüchtigen Dreher, der im Ueberformen, Gleiten und Garnieren, besonders aber im Schablonenstellen bewandert sein muß. **Porzellanfabrik Brambach, Brambach i. Sa.**

Tüchtige ledige Freihandmaler (Unterglasur) werden sofort eingestellt. **C. & E. Carstens, Keramische Werke, Gräfenroda, Thüringen.**

Geschäfts-Anzeigen.

Alles staunt über die hohen Preise, die ich für **Goldabfälle**, wie **Asche, Schmiere, Lappen, Pinsel, Flaschen** zahle. **zahle für leere Glanzgoldflaschen mit Stöpsel, 10 Gr., 20—30 Pf. Poliergoldflaschen „ „ 10 „ 25—50 „ je nach Inhalt. — Darum schickt alles zu** **H. Lanhammer, Wilkau b. Zwickau, Sa.**

Emil Böhme & Eisenberg S.-A.

Einkaufsgeschäft für Glanzgold, Goldschmiere u. alle goldhaltigen Sachen. Bestehtes Geschäft dieser Art. Reelle u. pünktliche Bedienung. Man verlange Prospekte.

Goldschmiere, goldhaltige Lappen, Asche, Flaschen und Pinsel kauft ständig bei reeller Bedienung zu höchsten Tagespreisen. **Oskar Holtmann, Stadtilm in Thüringen.**

Goldabfälle aller Art, wie Lappen — Schmiere — Asche — Flaschen usw., auch ausgebranntes Gold kauft stets zu höchsten Tagespreisen. **Christoph Geier, Höchstädt b. Ebersheim, Oberfranken.**

Goldhaltige Schmiere — Lappen — Asche — Pinsel — Flaschen — Matrückenstände usw. zum Einschmelzen kauft **M. Köhler, Dresden-A., Gerichtstr. 8, II.**

Reelle Bedienung. — Höchste Preise. — Sofort Kasse.

Achtung! Achtung! Achtung!

Die billigsten Schuhe für Fabrikarbeiter sind nach wie vor **Segeltuchschuhe mit Lederohlen** und **Zwecken**.

Für **Turner** empfehle ich **Turnschuh und Stiefel mit Chromlederohle**. **Weiche Leinwand für Damen und Kinder.**

Lederhauschuhe, Lederjandalen, Tuch- und Holzpantoffel. — Sämtliche Lederschuhwaren zu Fabrikpreisen. — Verlangen Sie noch heute kostenlose Preisliste.

Karl Kleye, Schuhverwand und Pantoffelfabrik, Weiskammer, O.S.

Der schlechte Markkurs und der Mangel an Levantiner und Zymocasschwämmen bedingt sofortigen Einkauf!

Elefantenhorn Vorrat erschöpft, neue Sendung wird erwartet. **Offerierte hierdurch für Dreher große naturliche prima Zymocasschwämme** das Stück zu 25, 32, 35, 40, 50 Mk.; **Levantiner Glasurschwämme** das Stück 11 und 20 Mk.; **seine weiche prima Reesschwämme**, Form, das Kilo, 100 bis 125 Stück enthaltend, 700 Mk.; für **Brennerei und Druckerei** mittlere, gepresste flache **Hardheadschwämme**, das Kilo, 90 Stück enthaltend, 275 Mk.; **große gepresste prima Hardheadschwämme**, das Kilo, 40 Stück enthaltend, 330 Mk.; **echt griechische Pferdeshwämme**, kleine, das Stück 5 Mk., **große** 20 Mk., für **Steingut- und Tonwarenfabriken**. **Versand nur in geschlossenen kleineren und größeren Posten.** **H. Michelson, Schwammgroßhandlung, Berlin C. 25, Preussenerstr. 42.**

CHRISTOPH SACK

SCHWARZENBACH A. D. SAARLE

Import und Export von Schwämmen

speziell für die keramische Industrie.

Stets großes Lager in sämtlichen vorkom-

menden Sorten. Muster bereit-

willigst. Fernsprecher Nr 17

Herausg. v. Verband d. Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen. **Redaktion: Joh. Schneider, Charlottenburg, Rosinenstr. 4. Verlag: Wilhelm Verden, Charlottenburg, Rosinenstr. 4. Druck von C. Janiszewski, Berlin SO., Elisabeth-Ufer 28/29.**